

# Freiburger Nachrichten

## Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

**Abonnementpreise:**

12 Monate	6 Monate	4 Monate	3 Monate	1 Monat
Fr. 12.—	Fr. 7.—	Fr. 5.—	Fr. 3.—	Fr. 1.—

Die Sendungsummer allezeit: pro Jahr 3 Fr. 60.  
 Die Sendungsummer allezeit: pro Jahr 3 Fr. 60.  
 Die Sendungsummer allezeit: pro Jahr 3 Fr. 60.

**Insertionspreise:**

1. bis 10. Zeilen	20 Cts
11. bis 20. Zeilen	15 Cts
21. bis 30. Zeilen	10 Cts
31. bis 40. Zeilen	8 Cts
41. bis 50. Zeilen	6 Cts

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Bärenstrasse 39, Freiburg (Schweiz). Telefon 4.06. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annoncenpublikation A.-G. Telefon 1.35

**Verammlung**  
 Senesebezirks  
 April, nachmittags 3 Uhr  
 der  
 Martin, Casers  
 anda:  
 gsbereijoren;  
 es, des Werwalters und  
 ummission, insofge Ablauf  
 1497  
 Der Vorstand.

**Meister**  
 Säge- und Hobelwerk, ver-  
 nerei  
 Prozis und routiniert im  
 Französisch erwünscht.  
 Näheren Angaben unter  
 A.-G., Bern.  
 1428

**billige und gute**  
**Holzschuhe**  
**nostel**  
**ompt und billig**  
**do, Schuhmacher,**  
**storf**

**ERSET**  
 rechner  
 in Freiburg  
 abschaft und dem Publi-  
 er, insofge Aufgabe  
 seine Geschäfte seinem  
 W. W. W., Sängebrü-  
 tragen hat.  
 1920.  
 erset, Rechtsanwalt.

**WILLARS**  
 rechner  
 usse 79, Freiburg  
 Publitum die Ueber-  
 aus seines Kollege  
 der, anzugehen.  
 Willars verbleibt, wie  
 usse 79, gegenüber der  
 1324  
 ars, Rechtsanwalt.

**derung!**  
 über alle grösseren Seehäfen  
**anbart, Basel**  
 hweizerische General-Agentur  
 und Passage-Gesellschaft  
 Passagiere 1. u. II. Klasse  
 abplatz, 9  
 1138  
 G.-Guyer & Co., Freiburg.

### Tages-Rundschau.

Das englische Oberhaus nahm die Friedensverträge mit Oesterreich und Bulgarien in 2. und 3. Lesung an. In Paris tagte eine Konferenz der alliierten und neutralen Staaten, die sich für Kreditbewilligung und Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln an die bedürftigen Länder aussprach.

Der „Quantil“ veröffentlicht einen Aufruf an das italienische Proletariat, in Massenversammlungen gegen die japanische Intervention in Ostland zu protestieren. Die Gefängnisstrafe von Gallung ist durch die Untersuchungsbehörde gestiftet. Gallung ist bereits auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Streit in Elsch-Lothringen gewinnt immer größere Ausdehnung. Der bisherige deutsche Geschäftsträger beim Vatikan ist zum Postkammerer ernannt worden.

Das Marineministerium der Vereinigten Staaten ließ einige Kreuzer in die mexicanischen Gewässer entsenden. In einem Briefe erklärt Wilson, daß der Völkerverbund den Hauptgegenstand der Präsidentschaftswahl bilden müsse.

### Wohin steuern wir?

Von einem Teilnehmer am Parteitag (d. 12. April) wird uns geschrieben:

Der konservative Parteitag in Luzern zeigte politische Schwächen, die Beachtung verdienen.

Am Vormittag war die Stimmung friedlich und herzlich. Völkerverbinder und Völkerverbinder hörten mit sympathischem Interesse die gehaltenen Reden der Herren Dr. Witz und Dr. Kerker für den Eintritt, des Herrn Ständerat Dr. Brütger gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund. — Mit gemischten Gefühlen vernahm dagegen am Schluß der Vormittags-Sitzung die Versammlung die Mitteilung des Vorsitzenden, daß Bundesrat Motta der nachmittägigen Diskussion beizutreten werde. Die Mißstimmung wuchs, als man zu Beginn der Nachmittags-Sitzung erfuhr, es sei geplant, daß zuerst alle Gegner ihre Mission vernachlässigen sollen, dann werden die Bundesfreunde reden und schließlich als Anwalt für den Bundesrat Motta mit seiner Donnerrede den Gegnern den Todesstoß versetzen. — Dieser dramatische Aufbau in der Diskussion wurde allerdings verhindert. Die Versammlung merkte die Absicht und wurde verstimmt.

Die nachmittägige Sitzung zeigte denn auch ein durchaus anderes Bild als die vormittägige. Sie war bewegt, „temperamentvoll“. Vorerst zwei Voten gegen den Eintritt — dann eine längere Pause. Nun machte Herr Bundespräsident Motta sprechen — oder es mußte zur Abstimmung geschritten werden. Der Hr. Bundespräsident brachte in seiner Rede keinen Punkt vor, der nicht von den beiden eintrittsfreundlichen Referenten des Vormittages mit Ruhe und Bouhonnie ausgeführt worden war. — Aber die Form des Vortrages bot das typische Bild wahrer Gelehrtheit. Auf die Völkerverbinder wurde von Luoco losgeschleift.

Nicht nur wir, die Gegner, sondern auch mehrere Freunde des Eintrittes hatten das Gefühl, daß dieser Teil der Sache, die vertretet wurde — und insbesondere der Einheits und Harmonie in der konservativen Partei nicht besonders dienlich sein könne.

Zunächst beschränkte der Umstand, daß entgegen dem Tagesprogramm Hr. Bundespräsident Motta den Parteitag mit seinem Erscheinen beehrte. Als zur Zeit des Festzuges für den Eisenbahnbau Bundesrat Bemp auf konservativen Volksversammlungen erschien, um durch das Gewicht seines Ansehens und seiner amtlichen Stellung das katholische Volk zur Annahme seines ungeliebten Versöhnungsplanes zu pressen, da erhob sich namentlich in der westlichen Schweiz — ein lebhafter Widerstand. Den französischen und vielen deutschen Schweizern jagte ihr angeborenes demokratisches Feingefühl: Wir haben bisher gemeint, Hr. Dr. Bemp sei unser Vertreter im Bundesrat — nun wissen wir, daß wir dort unseren Regenten haben, der meint, die Katholiken müßten sich für die Ehre, einen Bundesrat zu besitzen, dadurch dankbar erweisen, daß sie sich in ihrer Stimmabgabe genau nach den bundesrätlichen Weisungen richten und auf den Wunsch der eigenen Meinung verzichten.

Das damalige Mißbehagen der Westschweizer fand sich diesmal bei den Gegnern des Völkerverbundes — und zwar in gesteigertem Maße, indem die Tendenz, auf den Parteitag durch die bundespräsidentliche Autorität einen Druck auszuüben, sehr deutlich zutage trat. — Wir möchten weiter der konservativen Parteileitung noch Hr. Bundespräsidenten Motta nahelegen, aber wir müssen uns gestatten, in allem Freimuth zu bemerken: Es ist eine verhehlte Taktik, wenn man glaubt, die Politik der Schweizerkatholiken könne auf die Dauer durch den schweizerischen Bundesrat geleitet werden. Ein Blick auf die politische Entwicklung des deutschen Zentrums seit dem Tode Windthorst's lehrt jeden Denker, daß das Streben, die Katholiken um jeden Preis zur Regierungspartei zu machen, in letzter Linie immer sowohl der Regierung selber, wie insbesondere der Geschlossenheit der katholischen Aktion nur Schaden bringen kann.

In weit höherem Grade übrigens würde das Mißbehagen der Versammlung erregt durch den zweiten Teil der Rede Bundespräsident Motta's. Mit gewaltiger Erregung rief der Redner aus: Das kirchliche Argument muß vor jetzt an aus der Diskussion gänzlich ausgeschaltet werden! In Wahrheit war dieses „kirchliche Argument“ (Der Papst sei Gegner des Völkerverbundes) im ganzen bisherigen Verlaufe der Versammlung von keinem Menschen vorgebracht oder auch nur mit einem Worte angebeulert worden. In seinem allzu großen Eifer passierte nun aber dem Redner das Mißgeschick, daß gerade er dieses Argument, dessen Gebrauch er als „ein Gift“ bezeichnet, in ganz überflüssiger Weise zu Gunsten seiner Stellungnahme breitete. Mit nicht geringem Staunen hörten wir da, daß der Eifer der Völkerverbinder, die päpstliche Autorität zu Gunsten ihrer Eintrittspolitik zu benutzen, sogar so weit gegangen war, daß sie noch „in diesem Jahre“ dem Papste die Frage stellen wollten, ob der St. Stuhl eine positive Empfehlung für den Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund geben könne. — Es wurde aber von Rom aus in sehr deutlicher Weise abgelehnt, „weil der Heilige Stuhl sich nicht in eine Frage der inneren Politik der Schweiz einzumischen dürfe“. — Wir hätten nun gemeint, damit wäre die Sache abgetan — doch nein — der Hr. Bundespräsident fand für gut, der Versammlung auch die persönliche Meinung des päpstlichen Delegierten in Bern mitzuteilen, die eintrittsfreundlich sei, — und geheimnisvolle Andeutungen zu machen über ein „Dokument“ zu Gunsten der katholischen Führer. — Wozu all das? fragen wir. Offenbar zu keinem anderen Zwecke, als um den Glauben zu erwecken, der Papst sei eigentlich für den Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund. — Also ist es gerade Herr Bundespräsident Motta, der das „kirchliche Argument“ in die Diskussion hineinjagt und somit genau dasjenige tut, was er den Völkerverbinder mit so großer Entrüstung vorwirft. Und doch hat von diesen keiner unseres Wissens dieses Argument in der Öffentlichkeit für seine These anrufen, und jedenfalls ist keiner der Gegner im Vatikan vorstellig geworden, um seine Stellungnahme mit der päpstlichen Autorität decken zu können — wie es die Eintrittsfreunde nach dem klaren Aussprache Hr. Dr. Motta's selber unzweifelhaft getan haben. — Genau das selbe „kirchliche Argument“ hat übrigens laut „Baterland“ in der Delegiertenversammlung der konservativen Partei des Kantons Luzern am 13. April ein luzernerischer Hotelbesitzer benutzt, indem er sich auf eine private Unterredung mit Unterstaatssekretär Federschini berief, die er vor einigen Wochen gehabt habe.

Wir können nicht umhin, dieses Vorgehen der hiesigen Herren Völkerverbinder als deplaciert zu bezeichnen. Bis jetzt waren wir nämlich gewöhnt, die Willensäußerungen des St. Vaters durch die hochw. Bischöfe zu

vernahmen. Denn diese hat „der St. Geist“ gesagt, die Kirche Gottes zu regieren — nicht aber die Bundesräte und die Hotelbesitzer.

Wenn aber der Papst, wie es der Herr Bundespräsident am Parteitag mit anerkenntlicher Offenheit erklärte, es durchaus ablehnt, in Sachen des Völkerverbundes sich in das innerpolitische Verhältnis der Schweiz einzumischen, wenn somit die Schweizerkatholiken in der Frage des Beitrittes zum Völkerverbunde durchaus frei sind, nach ihrer eigenen Ueberzeugung zu handeln — dann wird der Papst vermutlich auch nicht wünschen, daß unsere westlichen Machthaber unter Berufung auf die päpstliche Autorität und die Stellungnahme für den Völkerverbund zugereichten. Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig. Gerade so wenig wie die Gegner, haben die Freunde des Eintrittes das Recht, die päpstliche Autorität für sich zu beanspruchen. Wir müssen also diesen Versuch als eine wenig erkleckliche PreSSION auf das katholische Empfinden bezeichnen.

Abschließend sei noch bemerkt: Es gab eine Zeit, in der wir mit Entschiedenheit den Vorwurf des Liberalismus zurückwiesen: Die Katholiken bekommen als „Ultramontane“ in allen politischen Fragen den Marschbefehl aus Rom — vom Papste. Zahlen wir daher konsequent fort, die rein politischen Fragen von den religiösen zu unterscheiden. Sollen wir uns, die päpstliche Autorität mit Fragen rein politischer Natur vergewöhnen zu wollen, in denen der Papst selber eine Entscheidung bestimmt abgelehnt hat.

### Konferenz für Kreditbewilligungen.

Die erste Konferenz zwischen den alliierten und assoziierten und den neutralen Mächten wurde am Freitag in Paris abgehalten. Diese Konferenz wurde auf Veranlassung der britischen Regierung einberufen, um für die Kreditbewilligung an Polen, Oesterreich und gewisse mitteleuropäische Staaten die nötigen Anordnungen zu treffen. Es wurde ein Programm zur Hilfe am Wiederaufbau festgesetzt, das große Beiträge der Alliierten und neutralen Regierungen vorseht. Ferner wurde beschlossen, in Paris eine Kommission einzusetzen, in welcher die bisher interessierten 12 Länder vertreten sein sollen, ausgenommen jedoch die Vereinigten Staaten, die nicht offiziell mitwirken können, obwohl sie den größeren Teil der Kredite gewähren. Folgende Länder waren vertreten: England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Belgien, Kanada, Argentinien, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Die italienische Regierung, die grundsätzlich das zur Diskussion stehende Projekt gebilligt hat, konnte nicht früh genug einen Delegierten ernennen. Alle neutralen Mächte, ausgenommen Spanien, welches die Frage offiziell prüft, sind einverstanden, sich in der Leistung von Lebensmitteln und Rohstoffen an die bedürftigen Länder der Alliierten anzuschließen.

Die Konferenz tagte im Geiste vollkommener Harmonie, was von bester Vorbedingung für die zu erfüllende Aufgabe ist.

### Englisches Oberhaus.

Im Oberhause wurde die Debatte über die Friedensverträge mit Oesterreich und Bulgarien wieder aufgenommen. Lord Bryce äußerte sich dabei, die Serbien zugestandenen Konzeptionen seien enorm, das Land werde zukünftig mehr als acht Millionen Einwohner besitzen. Es sei daher nicht übertrieben, wenn man von Serbien verlange, daß es auf das eroberte Südserbien verzichte, damit man daraus einen kleinen unabhängigen Staat machen könnte. Er hofft, der Völkerverbund werde einige Forderungen des Friedensvertrages ausmerzen und so jeden Grund neuer Kriege aus dem Wege schaffen. Er hält die von der Regierung gegenüber den Zentralmächten eingeschlagene Politik für wichtig und gerecht.

Lord Parmoor hält die Bedingungen des

Friedensvertrages als absolut undurchführbar.

Lord Milner beantwortete die Interpellationen. Er wies den Interpellanten vor, gegenüber der Regierung und ihren Alliierten nicht gerecht zu sein. Man könne diejenigen, die an der Seite Großbritanniens und die, die gegen England gekämpft hätten, nicht gleich behandeln. Die den Alliierten gegenüber an den Tag gelegte Sympathie sei so groß gewesen, daß sie jetzt eine Ungerechtheit gegenüber den Siegern ersehe. Die vorgebrachten Kritiken seien übertrieben.

Die Gesetzesvorlage betreffend die beiden Friedensverträge wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

### Zur Beurteilung der internationalen Lage.

New York. (Kp.) Die heutigen internationalen Beziehungen erscheinen vielfach unklar, voll Widersprüchen, wenn nicht ein Faktor stark ins Auge gefaßt wird, der mehr wie je maßgebend geworden ist und dementsprechenden Einfluß ausübt. Man wird ihn nicht schwer aus folgendem erkennen:

Der Krieg führte die internationale Hochbank dazu, gewisse eigene Geschäftspolizeien, wie sie von Reichsrodter, Ballin und andern Juden, durch die Fabriken Krupp, die „Allianz“ von Frankfurt mit ihrem Auslandszweigen, die Gallung-Gruppe in Frankreich, die Banca Commerciale in Italien, gewisse spanische Unternehmungen usw. organisiert worden waren, zu verlegen. Insofern ist nun New-York eines der wichtigsten Zentren der Hochbank und somit auch der jüdischen Hochpolitik geworden. Ihre Organe gruppieren sich besonders um die jüdische Bank Auhm-Zoeb und Cie. In den Vereinigten Staaten befördert die jüdische Hochbank ganz besonders die demokratische Partei (Wilson), die nach vielen Welt-Wirtschaftserfolgen endlich zur Eroberung der Macht gelangt ist dank den Willkür-Geldern des amerikanischen Judentums. Dieses hat sich derweil eine wahre Diktatur über die Leitung der Partei gesichert, welche letztere ihrerseits sich verpflichtet hat, immer in allem und überall die Interessen Israels zu verteidigen. Unter dem Titel des Vertrages findet sich j. B. die bezügliche Bestimmung, daß immer ein Jude zum amerikanischen Vorkämpfer in Konstantinopel ernannt werden müsse, um die jüdischen Pläne betr. Palästina, Mesopotamien usw. unterstützen zu können. Diese Bestimmung ist denn auch genau ausgeführt worden durch die Ernennung der amerikanischen Söldnerin Gellus, Argentinien und Co.

Das enge Verhältnis zwischen der jüdischen Hochbank in Deutschland und denjenigen in den Vereinigten Staaten war andererseits der Hauptgrund, warum die deutsche Regierung ein so blindes Vertrauen in die Neutralität Wilson's hatte, der Länge die Gründe der Sarkularien war als Mensch, der mit diplomatischen Noten die Taten des deutschen U.-Krieges beantwortet. — Unvermerkt erklärte Wilson den Krieg. Was war inzwischen vorgefallen? Israel, das sehr gut unterrichtet und weit vorausschauende, war lange vor der Existenz von drohenden und unaussprechlichen Mord Deutschlands unterrichtet; die Hochbank ließ das politische Deutschland der Hochbank fahren: sie wartete bis zu drei ausgereichte Sitrone weg, um so gut als möglich den Rest der bedrückten deutschen Interessen noch zu retten. — Die Intervention Wilson's verdrängte ihm den legalen Titel, die Entente zu hindern, einen politischen-militärischen Sieg bis zum äußersten durchzuführen, der die Pläne der Hochbank über den Kauf von Deutschland hätte. Deshalb sollte dem Deutschland des Kaisers das jüdisch-demokratische Deutschland von heute!

Eine Jude, der als außerhalb der Verbindung stehend betrachtet werden muß (denn es gibt auch in Israel rivalisierende Gruppen, die um die Vormacht ringen, und das ist ihre Abfall-zerstörung war Fallin, der bekannte Chef der deutschen Handelspolitik, der sich das Leben nahm, als er seinen Traum der Welt-herrschaft zusammenfallen sah.

Die Konferenz von San Remo.

Der „Paris Post“ schreibt, daß die Konferenz, welche ihre letzte Sitzung am Samstag...

Der Korrespondent des „Paris Post“ spricht von einem bevorstehenden Abkommen aller Mächte für eine wirksame Intervention in Berlin.

Zur japanischen Kriegserklärung.

Der „Asahi“ veröffentlicht einen Aufruf der Leitung der italienischen Sozialistenpartei an das italienische Proletariat bezüglich der Kriegserklärung Japans an Rußland.

Die Leitung der italienischen Sozialistenpartei läßt alle Sektionen der Partei und alle Organisationsstellen der Proletarier ein, öffentliche Massenversammlungen zu veranstalten und an diesen teilnehmen gegen die neue Intervention in Rußland.

Ausland

Besprechung zwischen Millerand und Lloyd George. San Remo, 24. April. (S. P. A.) Millerand und Lloyd George hatten am Samstag morgen eine mehr als einstündige Besprechung, die ein sehr ergebnisreiches Gespräch war.

Zur Beurteilung von Gallauz. Paris, 24. April. (S. P. A.) Die öffentliche Sitzung des obersten Gerichtshofes wurde um 10 Uhr 20 abends wieder aufgenommen.

Keine Einladung des Reichslanzlers nach San Remo. Rom, 24. April. (S. P. A.) Die „Idea Nazionale“ will auf Grund von Informationen aus zuverlässiger Quelle in der Lage sein, die Nachricht des „Matin“ von einem Vorschlage Nitis und Lloyd Georges, Deutschland offiziell einzuladen, den Reichslanzler nach San Remo zu entlassen, ausdrücklich zu dementieren.

Gute Aktion gegen Moskau? Mailand, 24. April. (S. P. A.) Der „Asahi“ berichtet nach einem ihm aus Wien zugegangenen Telegramm, daß der polnische Außenminister, Paderewski, bei seiner Durchreise in Wien geäußert hat, sich zuerst nach Paris begeben zu wollen zur Entgegennahme der nötigen Instruktionen und von dort aus dann nach San Remo zu fahren.

Rapp auf freien Fuß gesetzt. St. O. L. N., 24. April. (S. P. A.) Seitens der Regierung wurde entschieden, daß Dr. Rapp auf freien Fuß zu setzen sei unter der Bedingung, daß er keine politische treibe oder politische Verbindungen unterhalte.

Der Völkerverbund als Hauptgegenstand der Wahlkampagne. New York, 24. April. (S. P. A.) In einem Briefe an einen Delegierten des Nationalkongresses, der die demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen zu wählen hat, erklärt Präsident Wilson, daß der Völkerverbund Hauptgegenstand der Wahlkampagne bilden müsse.

Vom Generalstreik in Elsfj. Vorbringen. Mülhausen, 24. April. (S. P. A.) Die Lage bleibt ruhig. Die Bahnhöfe und die öffentlichen Gebäude werden militärisch bewacht. Die Fabriken sind geschlossen. Einige Läden sind geschlossen. Telegraph und Telefon hatten ihren normalen Dienst aufgenommen.

Saargemünd, 24. April. (S. P. A.) Dem in Vorbringen ausgebrochenen Generalstreik haben sich auch die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner und die Post- und Telegraphenangestellten von Saargemünd angeschlossen. Die Arbeiter der Hammerwerke von Merental bei Bilsch, der Glashütten von Meisenthal und der Gruben von Forbach sind ebenfalls in den Streik getreten.

Der Generalstreik in Turin beendet. Mailand, 24. April. (S. P. A.) Die Zeitungen melden das Ende des Generalstreikes in Turin. Es scheint, daß nur die Metallarbeiter den Streik fortsetzen wollten, daß aber infolge einer Verständigung, die in der Nacht auf Samstag erfolgte, auch sie die Arbeit nach 28 Streiktagen wieder aufnehmen wollen.

Mailand, 24. April. (S. P. A.) Der „Secolo“ erobert in dem Ende des Streikes in Turin die Niederlage derjenigen, die in der dortigen Bewegung die entscheidende Rolle für die rasche Sozialisierung der Betriebe spielen. Die Bewegung sei im Gegenteil ein Rückschlag für die Arbeiterforderungen.

Generalstreik in Venedig. Rom, 24. April. (S. P. A.) Der „Messaggero“ vermeldet aus Venedig, daß im Gefolge eines Zwischenfalles in der Kaserne, bei dem ein Soldat einen Offizier erschoss, die Arbeitskammer den Generalstreik proklamiert hat.

Streik von Gemeindeangestellten. Rom, 24. April. (S. P. A.) Dem „Messaggero“ wird aus Mailand gemeldet, daß am 23. April früh der Streik der Gemeindeangestellten der ganzen Provinz Mailand begonnen hat. Die Bureau von 308 Gemeinden sind geschlossen und 5000 Personen streiken, darunter die Ärzte, die Gemeindebeschreiber, die Hebammen, sämtliche Angestellte. Die öffentlichen Dienste sind stillgelegt, so die Befestigung der Straßen.

Amerikanische Kreuzer in den mexikanischen Gewässern. Washington, 24. April. (S. P. A.) Man vermeldet, daß Admiral Rowan auf Befehl des Marineabteilungs Kreuzer in die mexikanischen Gewässer geschickt hat. Der Kreuzer „Sacramento“ befindet sich bereits in Tampico. Das Marineabteilungsamt überwacht die Lage in Mexiko.

Richtiges.

Aus dem päpstlichen Rom. Rom, (K. P.) Ein von den Protestoren der deutschen Nationalität der Anima und des Campa Sano bestellte Kommission von Geistlichen: P. Franz Ghrle, S. J.; Mgr. Dr. Peter Kirch, aus Freiburg, Schweiz; Mgr. Dr. Bremner, Rektor der Anima; Mgr. Baes, Rektor von S. Jubaan (belgische Nationalität); Mgr. Jensen, Direktor des holländisch-italienischen Instituts in Rom, prüft im Verein mit einigen päpstlichen Prälaten, u. a. Mgr. Rossi-Stodolzer, die Ansprüche der verschiedenen Nationalitäten auf dies Institut. Mgr. Kirch ist mit der Ausarbeitung einer gründlichen Studie betraut.

Insultierte Brochure „Ein Wort an die Schweizerkatholiken zur Förderung des hl. Missionswerkes der katholischen Kirche.“

Diese verbreitete Brochure gibt nebst der Veröffentlichung einer päpstlichen Anzahl kirchlicher Empfehlungen Einbild in das Werk des Missionshauses und seinen idealen Zweck, unbemittelte Jünglinge für Priester- und Missionsberuf heranzubilden. Die erfreulich erhaltene Bewegung zur Förderung der Missionen besitzt in Zimmensee eine ideale Zentrale, deren Förderung wärmstens empfohlen wird.

Schweiz

Bro Vorarlberg. Bern, 24. April. (S. P. A.) Der Arbeitsausschuß des Schweizerischen Komitees pro Vorarlberg beschloß die Weiterführung der Geschäftsstelle der Missionen durch deren Leiter Wächter. Sie befindet sich jetzt im Antihaus 1, Bahnhofstrasse Zürich. Die Hilfsaktion soll weiter und intensiver fortgeführt werden.

Streik und Aussperrung im Baugewerbe. Bern, 24. April. (S. P. A.) Die Zentralleitung des Schweizer Bauarbeiterverbandes erklärt in einer Entgegnung gegenüber einer öffentlichen Kundgebung des Schweiz. Arbeiterverbandes, wozu nach der Bauarbeiterverband ohne den Bundesrat um Intervention anzugehen oder seinen Schiedspruch abzuwarten, laufende von Bauarbeitern auf die Straße gestellt hätte, daß die am 23. März in Bern unter dem Vorsitz des Delegierten für Sozialgesetzgebung, Fürsprecher Pfister, stattgefundenen Verhandlungen das Gegenteil dieser Behauptung beweisen.

Zürich, 24. April. (S. P. A.) Der schweizerische Bauarbeiterverband teilt mit: Nach einer am 21. April in der Presse erschienenen Mitteilung sollen die Bauunternehmer von La Chaux-de-Fonds geneigt sein, einen Vorschlag seitens der Arbeiter anzunehmen, nach welchem die 48-Stundenwoche als normale Arbeitszeit im Sommer anerkannt werden soll. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen.

Maul- und Klauenpeste. Liestal, 24. d. Mit Rücksicht auf die Ausbreitung der Maul- und Klauenpeste in den Gemeinden Bottenwil, Oberwil, Therwil, Gittingen, Biel und Rheinach hat der Regierungsrat im Eidgenössischen mit dem eidgenössischen Veterinäramt den Verkehr mit diesen Gemeinden abgesperrt und zur Durchführung der gesundheitlichen Maßnahmen Landjägertruppen aufgestellt.

Vom Bund für Menschheitsinteressen. Der Vorstand des Bundes für Menschheitsinteressen, am 22. April im Bernerhof zu Bern versammelt, nahm in mehreren Resolutionen zu verschiedenen Zeitfragen Stellung. Über das Fenerungsproblem wurde auf Antrag von Nationalrat Dr. Spengler und Prof. Dr. Droba beschlossen, das Arbeitsamt des Völkerverbundes um Veranstaltung einer Enquete zu ersuchen über: 1. Inwiefern sich die Länder der geistigen und materiellen Arbeiter aller Länder den gesteigerten Preisen der Lebensbedürfnisse angepaßt haben. 2. Ob und inwiefern die Sozialpolitik lebensverneuernd gewirkt habe.

Nach einer Aussprache über den Beitritt der Schweiz zum Völkerverbund wurde nachstehende Resolution gefaßt: Der Vorstand des Bundes für Menschheitsinteressen begrüßt den Anschluß der Mächte der Erde an die von pazifistischer Seite schon seit so langer Zeit vertretene Völkerverbandsidee; bedauert jedoch deren unvollkommene Bewirklichung. Insbesondere empfiehlt er mehrheitlich den Anschluß der Schweiz an den Völkerverbund und die Beteiligung an den Arbeiten der Völkerverbandsräte; daß nur in ihnen eine wirksame Tätigkeit für die demokratische Ausgestaltung des Völkerverbundes möglich ist. Er fordert seine Ortsgruppen in allen Ländern auf, alle Freunde der Menschheitsinteressen zur Unterstützung dieser Bewegung organisatorisch zu sammeln und so das Werden einer Menschheitspartei für Menschheitsinteressen anzubahnen.

Zur Frage der Ausländerrevision.

Der Bundesrat richtet ein Kreis Schreiben an die Regierungen der Kantone über die Frage einer allgemeinen Ausländerrevision. Der Bundesrat erklärt in diesem Schreiben, daß das vielfach gestellte Begehren, der Bundesrat möge auf Grund einer Verordnung sämtliche seit dem 1. August 1914 erteilten Niederlassungsbewilligungen einer Revision unterziehen, und die dabei zu beanspruchenden Niederlassungen kassieren und die betroffenen Personen des Landes verwweisen, sich aus juristischen, humanitären und technischen Erwägungen als undurchführbar erweist. Mit diesem Vorschlag würde die Schweiz mit den bestehenden Niederlassungsverträgen in jeder Hinsicht konflikt geraten und es würde ohne Zweifel eine unheilvolle Rückwirkung auf die Schweizer im Auslande ausgeübt. Nichtsdestoweniger ist der Bundesrat der Meinung, daß eine gewisse Ausländerrevision in anderer Form unverzüglich im Angriff genommen werden sollte, und zwar in der Weise, daß die Ausländer, die sich mit den schweizerischen Gesetzen und Polizeivorschriften in Widerspruch befinden, entweder gezwungen sind die Bestimmungen der Niederlassungsverträge selbst oder dann auf Grund des internen, diesen Verträgen nicht zuwiderlaufenden Rechtes aus dem schweizerischen Staatsgebiet ausgewiesen werden. Der Bundesrat ist der Überzeugung, daß die rechtlichen Handhaben genügen werden, um Bund und Kantone in den Stand zu setzen, in beharrlicher Verwaltungstätigkeit das Land nach und nach von allen fremden Elementen zu jähern, die der öffentlichen Meinung Anlaß geben, die allgemeine Ausländerrevision zu verlangen.

Milch-, Käse- und Butterversorgung.

Das eidgenössische Ernährungsamt teilt mit: Eine zusammenfassende Verfügung des Ernährungsamtes vom 12. April, welche an Stelle mehrerer bisheriger Verfügungen tritt, regelt die Verhältnisse in der Versorgung des Landes mit Milch und Milchzergutnissen vom 1. Mai. Der allgemeine Höchstpreis für Milch, an die Sammelstelle geliefert, wird nach Vereinbarung mit dem Zentralverband festgesetzt. Milchproduzenten ohne Rückgabe von Wässern mit Einrechnung der üblichen Zuschläge auf 34.75 bis 35 Rappen per kg. zu setzen kommen, in also im allgemeinen 2 Rappen niedriger als bisher.

Die Ausmesspreise für Milch werden in Konferenzen zwischen den kantonalen Milchämtern, den beteiligten Verbänden und dem Eidgen. Milchamt am 22. und 23. April für jede einzelne Gemeinde der Schweiz festgesetzt werden. Es ist voranzusetzen, daß trotz Verminderung der Bundesbeiträge die bisherigen Preise beibehalten werden können; in einzelnen ländlichen Orten wird im Hinblick auf den von 2 Rappen ermäßigten Einkaufspreis eher eine Herabsetzung des Ausmesspreises möglich sein.

Die Butterversorgung ist ab 1. Mai durch inländische Produktion und durch Einfuhr des Eidgen. Milchamtes gesichert. Die bisherigen Beschränkungen im inländischen Butterhandel werden aufgehoben, somit auch der Höchstpreis. Durch die Einfuhrregelung des Milchamtes wird dafür gesorgt, daß die alten Preise in keinem Fall überschritten werden; eher wird mit dem Einsetzen der vollen Produktion eine Preisermäßigung zu erwarten sein.

Für Käse bleiben die bisherigen Höchstpreise noch in Kraft. Der kanabische Cheddar-Käse wird mit 19. April zum gleichen Preise wie die inländischen Halbformkäse abgegeben. Es ist anzunehmen, daß dieser Vollformkäse häufiger an Stelle von inländischem Halbformkäse gekauft wird, zumal in inländischem Halbformkäse eher Mangel besteht. Die Abgabe von inländischen Käseportionen findet wieder unbeschränkt statt, ist also nicht mehr an die Bedingung gleichzeitiger Abnahme von kanabischem Cheddar-Käse gebunden.

verschiedene Meldungen.

Bern, 24. April. (S. P. A.) Der 68 Jahre alte Knecht Gottfried Jenni wurde von einer wild gewordenen Kuh zu Boden geworfen und zu Tode getreten. Sauerbrunn, 24. April. (S. P. A.) Beim Aufsuchen von Frühblumen stürzte der 10-jährige Johann Graf über die sogenannte Schilbstockhölzli hinaus und konnte an deren Fuß nur als Beiche gefangen werden.

Mittelkurse der Geneserbörse

Table with 2 columns: Name of stock and its price. Includes entries for Zürich, Bern, Basel, etc.

Basler

Hebersteck... Einem Berner... geschrieben, beachte... vorbereitet zu werden... Die Gefahren, junger für die... her trotz dieser... aus der Feder... gefahren wenig... einem Punkte ang... schaft, namentlich... bedenklich zu wer... rechnet mit den... schäftlichen Erzeu... den normalen La... rung eines Grund... andern mit einem... soll das hinaus?

Gewisse, aus dem... aus dem einheim... Meldungen von... mittel lassen nun... übrig, als daß... Ende geht und... abbaue einrichten... den Einfluß der... den Anbau oder... res Landes mit... gewiesen, daß... gar Käse und... vermehrlichen Ein... betrieb erzeugter... einen schweren... Viehpreise werden... der jenseitigen... zucht der Nachb... gen Höhe zu halt... nächst ein Zin... ten als eine m... Es versteht sich... Reinkünfte zur... fänden müssen... Nutzen der je... nen vorteilhaften... dafür der Käufer... Abgang des... und im allgemei... den, daß die Bau... preise in die Hö... in Lebenslange...

Technikum.

Den am letzten... zur Erlangung... nisters haben als... und Weber, Inge... Unternehmungen... Direktor der Fab... Faktoren beizugeh... Das Diplom... erhalten mit der... ren Guido Baffal... sin); Ding Geor... Wiland René, von... burg; Groß Gu... Vogel Theophil... gut; die Herr... (Fassin); und P... Zresla (Zessin).

Bahlfahrt na...

Fahrplan der... Hinzufügung am 4. u... Abfahrt:

Table with 2 columns: Station and departure time. Includes Freiburg, Dabingen, etc.

Der erste Zug... burg und den... für diejenigen... mit den gewöhn... Zug eintrifft... gleiche Ordnung... eite Zug an... burg und Ham... Rückreise:

Table with 2 columns: Station and arrival time. Includes Einsiedeln, Goldau, etc.



